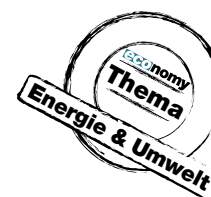


Klimaschutz: Im Jahr der Wirtschaftskrise soll nebenbei das Weltklima gerettet werden

„Wir zahlen nicht für eure Sünden“



Im Dezember wird es um die Zukunft des Planeten gehen. In Kopenhagen soll ein ökologischer Weltvertrag den Klimawandel stoppen. Mitten in der Weltwirtschaftskrise stehen die Chancen dafür nicht gut.

Clemens Neuhold

Mit den großen Themen ist es wie mit dem Wetter: Der schönste Tag ist schnell vergessen, wenn es regnet. Heuer fällt das Klima selbst einem Wetterschwung zum Opfer. Im Dezember sollen bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen die Weichen dafür gestellt werden, ob die Temperatur auf der Erde bis 2050 um zwei oder vier Grad steigen wird, ob die Malediven und Südbangladesch versinken werden oder nicht, ob 100 Mio. Menschen zusätzlich ohne fruchtbare Böden dastehen werden oder doch 500 Mio. Menschen.

Anfang Juni bereiteten in Bonn 4000 Delegierte aus 182 Ländern die Konferenz vor. Das schlug nicht die geringsten Wellen. Denn in der Wirtschaftskrise geht es um die Rettung der Konjunktur und nicht des Klimas. Die Meldung, dass die Neuwagenanmeldung im Quartal um vier Prozent sinkt, erzeugt mehr Horror als plus vier Grad in 40 Jahren. Es ist nicht wichtig, ob Russland beim Klimaschutz mitmacht, sondern ob die Russen künftig ihren Opel von Magna oder Fiat kaufen werden. Die Krise verursacht hier und jetzt Kosten von drei Billionen Euro, schätzt der Weltwährungsfonds. Die Kosten von 30 Billionen Euro, die laut UNO durch die Erderwärmung drohen, werden irgendwann anfallen. Und sie werden in erster Linie die anderen, die Entwicklungsländer, treffen.

Für Kopenhagen haben ebendiese Länder eine Devise ausgegeben, die an den Spruch „Wir zahlen nicht für eure Krise“ erinnert: „Wir zahlen nicht für eure Klimasünden.“ Damit bringen sie die Finanzminister der Industrieländer, die gerade die letzten Steuergroschen in Banken und Industriebetriebe stecken, zusätzlich ins Schwitzen. Sie fordern jährlich 100 Mrd. Euro, um von schädlichen

Energieträgern wie Kohle wegzukommen und ihre Wälder zu schützen. Ab 2030 wollen die Entwicklungsländer jährlich zusätzlich mit bis zu 50 Mrd. Euro dabei unterstützt werden, sich dem wärmeren Klima anzupassen, etwa durch Deichanlagen in Küstenregionen. Die EU müsste mindestens ein Drittel der Kosten tragen.

Heiße Phase

Ohne Milliarden-Versprechen werden Entwicklungsländer und Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien die Kopenhagener Konferenz platzen lassen, das steht hinter den Kulissen schon jetzt fest. Und Kopenhagen ist nicht irgendeine Konferenz, es ist die Klimakonferenz. Denn das seit 2005 gültige Kyoto-Protokoll zur Reduktion der weltweiten Treibhausgase läuft 2012 aus. Es war ein erster Schritt, bei dem Schlüsselspieler wie die USA, China oder Indien schwänzten. Bei einem Abkommen für die Zeit bis 2020 müssen alle mitmachen, mahnen führende Klimatologen, sonst sei die Klimaerwärmung um vier Grad mit all ihren katastrophalen Folgen nicht mehr aufzuhalten.

„Es ist unglaublich, was sich in den Vereinigten Staaten beim Klimaschutz in kurzer Zeit geändert hat.“

STEFAN SCHLEICHER,
KLIMAEXPERTE

Die EU steht unter Zugzwang. Mit der selbstauferlegten Verpflichtung, bis 2020 20 Prozent Kohlendioxid einzusparen, reitet Europa im Kampf ums Weltklima voran. In der Hand hält die EU eine Karotte, falls die anderen Staaten ähnlich fixe Zusagen machen: Dann will die Union selbst 30 statt 20 Prozent einsparen. Nun kann



Ohne Milliarden-Versprechen werden die Entwicklungs- und Schwellenländer die Kopenhagener Konferenz platzen lassen, das steht hinter den Kulissen schon jetzt fest. Foto: Photos.com

Europa wegen der Finanzkrise und der Geldwünsche der Entwicklungsländer nicht einfach absteigen und das Zugpferd in den Stall führen. Gibt die Union den Klimaschutz auf, gibt sie sich selbst auf. Denn der Klimaschutz ist das moderne, soziale Gesicht des Wirtschaftsblocks.

Hohe Messlatte der EU

Die Milliarden für die Entwicklungsländer sind de facto gar nicht der größte Brocken, sondern die versprochenen 30 Prozent Kohlendioxid-Einsparungen bis 2020. Das wäre für Europas Wirtschaft kaum zu schultern, darum entwickeln Energieministerien von Stockholm bis Wien bereits Strategien dagegen. Sie werden den USA, China und Indien die Messlatte in Kopenhagen so hoch legen, dass diesen die Luft ausgeht. Auch wenn sich die USA zu einer fixen Reduktion der Treibhausgase bis 2020 verpflichten, wird die EU mit Verweis auf die eigenen Anstrengungen sagen, das sei zu wenig.

Ein Szenario zeichnet Klimaexperte Niklas Schinerl von Greenpeace Österreich. Die USA, China, Indien und Brasilien könnten vorerst einen kleineren Klimaschutzbeitrag leisten. Nach Auslaufen des Kopenhagener-Protokolls müssten

sie sich aber mehr anstrengen. Die EU wäre ihr 30 Prozent-Problem los und Kopenhagen zumindest nicht geplagt.

Grüner Obama

Doch vielleicht hat die Welt die Rechnung ohne US-Präsident Barack Obama gemacht. „Es ist unglaublich, was sich in den USA seit Obamas Amtsantritt geändert hat“, konstatiert der österreichische Klimaexperte Stefan Schleicher eine Ökowende jenseits des Atlantiks. Der Professor (siehe Interview auf Seite 21) kennt die USA gut, er hat dort studiert und gelehrt. Obama will die Autobauer zur Herstellung spritsparender Motoren zwingen, die größten Industriebetriebe sollen per Emissionshandel für die Luftverschmutzung zahlen, und er will in den kommenden zehn Jahren staatliche Investitionen in Höhe von 150 Mrd. Dollar in erneuerbare Energien stecken. Emissionshandel und Auflagen für Autobauer hat Europa schon längst. Bei den Ökoinvestitionen sind aber Obamas Pläne ambitionierter. Schleicher: „Auch bei der Technologieentwicklung sind die USA weiter als die EU. Dort werden die innovativsten Elektroautos und Fotovoltaikanlagen entwickelt.“ Er erwartet hier einen

weiteren Schub in den nächsten Jahren.

Eine weitere Säule in den US-Energieplänen bildet die Atomenergie, allerdings eine wacklige: Neue, effizientere Atomreakortypen sollen ab 2020 „einen enormen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten“, geht aus Strategiepapieren des Energieministeriums hervor. Welche Schwierigkeiten und Kosten mit dem Bau dieser Reaktoren der vierten Generation verbunden sind, bekommt Frankreich gerade schmerzlich zu spüren (siehe Seite 23). Die Experten von Greenpeace glauben, dass sich auf dem liberalisierten US-Energiemarkt kein Unternehmen finden wird, das solche Risiken auf sich nimmt.

Wie auch immer Obamas Ökostrategie ausfällt – Schleicher glaubt nicht, dass er es bis Dezember schaffen wird, den amerikanischen Kongress und Senat davon zu überzeugen. Deswegen hält er eine zweite Runde, ein „Kopenhagen II“, im Dezember 2010 für wahrscheinlich. Legt Obama dann einen „New Green Deal“ für die USA auf den Tisch und haben sich die Unwetter der Weltwirtschaftskrise bis dahin verzogen, wären das im dänischen Winter sonnige Aussichten für den Klimaschutz.